

Positionspapier des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL) e.V.

Zukunftsfähige Ausgestaltung des Rentensystems

Der Bund der Deutschen Landjugend (BDL) e.V. setzt sich bei der notwendigen Umgestaltung des deutschen Rentensystems für Generationendialog und Generationengerechtigkeit ein. Als selbstorganisierter Jugendverband vertritt er die Interessen von jungen Menschen in ländlichen Regionen und ist Nachwuchsorganisation des Deutschen Bauernverbandes (DBV), des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv) und des Deutschen Weinbauverbandes (dvw).

Nur sofortige Reformen ermöglichen Jungen und Alten von heute und morgen ein auskömmliches Leben im Jetzt und im Alter. Es geht darum, den Zusammenhalt und das Miteinander der Generationen nicht aufs Spiel zu setzen. Wir wollen ein gutes Leben für alle – in jedem Lebensabschnitt. Dazu gehört für den größten Jugendverband im ländlichen Raum, innerhalb der Einnahmen und Ausgaben der Rentenkasse Systemkonformität zu wahren und folgerichtig versicherungsfremde Leistungen zur Alterssicherung anderweitig gegenzufinanzieren.

Die aktuellen Befunde verdeutlichen die Herausforderung: Nach heutigem Stand müssen im Jahr 2050 zwei Erwerbsfähige einen Rentner finanzieren¹. Bereits jetzt gehört Deutschland mit Japan und Monaco zu den ältesten Ländern der Welt. Die Lebenserwartung hat sich seit der Einführung eines Rentensystems in Deutschland verdoppelt². Im Jahr 1997 war der Beitragssatz zur Rentenversicherung³ höher als heute. Für das Jahr 2020 liegt die festgelegte Höchstgrenze der Rentenbeiträge bei 20%, für das Jahr 2030 bei 22%. Der Knackpunkt für unser jetziges Rentensystem wird das Jahr 2030 sein, da dann die zahlreichen ‚Babyboomer‘ ins Renteneintrittsalter kommen⁴.

Daher fordert der BDL die Abgeordneten des Bundestags auf, im Dialog mit jungen Menschen Altersvorsorge generationenübergreifend neu zu denken. Wir fordern eine ernst gemeinte Jugendbeteiligung. Es gilt, zügig langfristig wirkende Entscheidungen zu treffen, um unser Rentensystem zu reformieren und auf eine zukunftsfeste Basis zu stellen.

Wir fordern, ...

Rentenniveau stabilisieren – Beitragssätze stabilisieren

... bei Anpassungen des Rentenniveaus oder der Beitragssätze stets beides zu stabilisieren. Nur so wird keine Generation benachteiligt. Es darf nicht einseitig belastet oder erhöht werden. Die Formel zur jährlichen Anpassung der Renten um einen Nachhaltigkeitsfaktor und einen Beitragssatzfaktor zu ergänzen war ein richtiger Schritt⁵.

Renteneintrittsalter realistisch gestalten

... die Flexibilisierung und Individualisierung der Arbeitswelt umfangreich zu fördern. Nicht jeder Beruf kann bis zum Renteneintrittsalter ausgeübt werden, daher muss die Arbeitswelt flexibilisiert werden auch um Fachkräfte und Fachwissen zu halten. Für diesen gesellschaftlichen Umbruch brauchen

¹ siehe Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und Statistisches Bundesamt

² Statistisches Bundesamt, Grafik Lebenserwartung Deutschland

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Sterbefaelle/Sterbefaelle.html> (Zugriff am 17.1.2018).

³ Bundesversicherungsamt, Beitragssätze <http://www.bundesversicherungsamt.de/aufsicht/rentenversicherung/beitraege.html> (Zugriff am 17.1.2018).

⁴ Statistisches Bundesamt, Bevölkerungspyramide, Jahrgänge um 1964 <https://service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/> (Zugriff am 17.1.2018).

⁵ Der Nachhaltigkeitsfaktor dämpft den Anstieg der Renten, wenn die Zahl der Beitragszahlenden langsamer steigt als die Zahl der Renten. Zusätzlich wird die Anpassung der Renten über den Beitragssatzfaktor gedämpft, wenn die Rentenversicherungsbeiträge steigen. Vgl. hierzu Deutsche Rentenversicherung unter http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/Allgemeines/FAQ/Rente/_%20rentenniveau/rentenniveau.html (Zugriff am 17.1.2018).

Arbeitgeber und Arbeitnehmer entsprechende Unterstützung und Förderung. Wer länger arbeiten möchte, soll das genauso tun können, wie früher in Rente zu gehen. Wir fordern daher, das Renteneintrittsalter auch nach oben zu flexibilisieren und hierbei verschiedene Modelle des Renteneintritts mit Abschlägen oder über Teilzeitarbeit zu ermöglichen. Die Charakteristika des jeweiligen Berufszweigs müssen anhand entsprechender Indikatoren (bspw. die Gesamtlänge der Beschäftigungszeiten, die Art der Beschäftigung oder Belastung) Berücksichtigung finden. Wir fordern behelfsmäßig, einen dynamischen Mechanismus für die weitere Anpassung des Renteneintrittsalters festzulegen.

Mindestsicherung von Rentenversicherungsleistungen differenzieren

... die Mindestsicherung zu stärken, indem Mindestsicherungsleistungen aus Steuermitteln und nicht aus der umlagefinanzierten Rentenkasse bezahlt werden.

Beamte und Politiker einbeziehen

... dass Staatsbedienstete und Abgeordnete ebenfalls grundsätzlich in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen und keine eigenen Versorgungswerke gründen bzw. dass die Pensionskassen schrittweise und langfristig in die gesetzliche Rentenkasse integriert werden. Um das Vertrauen in die gesetzliche Rente wiederzugewinnen, müssen Abgeordnete solidarisch in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen. Dadurch sind sie zugleich von künftigen Entscheidungen über die gesetzliche Rente auch selbst betroffen. Das macht ihre Entscheidungen umso glaub- und vertrauenswürdiger.

Pflichtversicherung für Solo-Selbstständige

... Solo-Selbstständige mit prekärer Einkommenssituation müssen an eine Pflichtversicherung angeschlossen werden, damit künftig keine versicherungsfremden Leistungen aus der Rentenkasse mehr gezahlt werden müssen.

Gesellschaftsrelevante Leistungen würdigen

... gesellschaftsrelevante Leistungen wie Pflegezeiten, Zeiten der Kindererziehung oder ehrenamtliches Engagement stärker bei der Rentenberechnung zu berücksichtigen. Diese Aufgaben sind Teil unseres gesamtgesellschaftlichen Miteinanders. Zudem sind Normalarbeitsverhältnisse und lineare Beschäftigung heute nicht mehr der Regelfall. Unser Rentensystem muss diese veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen besser widerspiegeln.

Verbleib im Berufsleben stärker fördern

... zusätzlich zur bereits erfolgten Stärkung der Erwerbsminderungsrente, die Reha-Leistungen und das Reha-Budget zu erhöhen, damit der Verbleib der Erwerbsfähigen im Berufsleben noch stärker gefördert und finanziert werden kann. Betriebliches Gesundheitsmanagement und gesundheitsbedingte Berufswechsel müssen ebenfalls stärker gefördert werden.

Versicherungsfremde Leistungen dürfen nicht über Rentenversicherungsbeiträge finanziert werden⁶

... zusätzliche Leistungen, die nicht über die Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gedeckt sind, zwingend anderweitig gegenzufinanzieren. Im Fall des Rentenpakets von 2013 (Mütterrente u.a.) hätten bspw. die daraufhin fälligen Mehrkosten aus Steuermitteln statt aus der Rentenkasse finanziert werden müssen. Bereits jetzt wird ein Bundeszuschuss an die Rentenkasse gezahlt, der jedoch nicht genau festgelegt ist. Der Bundeszuschuss sollte sich an der Höhe der versicherungsfremden Leistungen ausrichten, um zugleich mehr Transparenz und Vertrauen in die Rentenkasse herzustellen.

Beratung zu persönlicher Altersvorsorge

... kostenlose und unabhängige Beratungsstellen zur Gestaltung des Lebens im Alter und der eigenen Altersvorsorge bei den Verbraucherzentralen einzurichten, um höhere Transparenz herzustellen und dabei den Einzelnen zu unterstützen einen Überblick zu erhalten.

Riesterrente reformieren

... dass staatliche Zuschüsse bei der Riesterrente entsprechend des jeweiligen Einkommens gewährt werden. Die höchsten Zuschüsse müssen Geringverdienenden zukommen.

⁶ Vgl. Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, Positionspapier Rente unter https://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2017/01/PP-Rente2016_FINAL.pdf (Zugriff am 17.1.2018)

... dass für privat angesparte Riesterrentenversicherungen ein Freibetrag bei der Berechnung der Grundsicherung im Alter gilt. Nur so ist privates Ansparen für den Einzelnen tatsächlich erstrebenswert.

Generationengipfel einberufen

... umgehend einen Generationengipfel einzuberufen. Wenn die möglichen und notwendigen Maßnahmen zur Reform des Rentensystems erarbeitet und diskutiert werden, sind mandatierte VertreterInnen junger Menschen gleichberechtigt zu beteiligen. So langfristig wirkende Entscheidungen dürfen nur mit den nachfolgenden Generationen getroffen werden. Diskussionen, bei denen wohlmeinende StellvertreterInnen die jüngeren Generationen mitvertreten, sind nicht tolerierbar.